

Ansprache von Willy Brandt (3. September 1971)

Quelle: Die Berlin-Regelung, Das Viermächte-Abkommen über Berlin und die ergänzenden Vereinbarungen. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [s.d.]. 348 S. p. 202-204.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/ansprache_von_willy_brandt_3_september_1971-de-b65abf59-bf61-4d5e-a63f-495a9af2fd91.html

Publication date: 02/07/2015

Ansprache des Bundeskanzlers (3. September 1971)

Bundeskanzler Willy Brandt hielt am 3. September 1971 anlässlich der Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens über alle Rundfunk- und Fernsehanstalten folgende Ansprache:

Liebe Landsleute,

viele von Ihnen werden nach der eigentlichen Bedeutung des Abkommens fragen, das heute in Berlin unterschrieben wurde.

Nun, ich meine, die eigentliche Bedeutung liegt darin, daß es in Zukunft keine Berlin-Krisen geben soll. Das wäre viel nach all den Jahren der Unsicherheit.

Und ich meine weiter, daß die beteiligten Mächte ihr Interesse am Abbau von Spannungen bekundet haben. Wenn das so ist, müßte es möglich sein, auch in anderen Bereichen Ergebnisse zu erzielen, die der Zusammenarbeit und dem Frieden zugute kommen.

In Kraft treten kann die Berlin-Regelung erst, wenn die ergänzenden Vereinbarungen mit der DDR vorliegen. Aber die Weichen sind gestellt. Und die vier Botschafter haben ein insgesamt gutes Ergebnis erzielt.

Natürlich könnte ich mir etwas noch Besseres vorstellen. Aber wir erinnern uns doch alle an die Jahre, die hinter uns liegen. Und an die Schwierigkeiten, die die Berliner, für uns mit, auf sich genommen haben.

Womit werden wir es in Zukunft zu tun haben?

Zunächst einmal wird der Status von Berlin nicht verändert. Es bleibt also auch bei der obersten Verantwortung der Westmächte für West-Berlin.

Zum anderen wird die Zusammengehörigkeit West-Berlins mit unserer Bundesrepublik nicht mehr umstritten sein.

Hinzu kommt die störfreie Regelung auf den Zufahrtswegen.

Es bleibt dabei, daß West-Berlin durch die Bundesregierung nach außen vertreten wird, in Zukunft aber auch im Osten.

Die Westberliner werden die DDR und den Ostteil der Stadt besuchen können. Und nicht zuletzt: Sie werden in Sicherheit leben und arbeiten können.

Das ist nicht wenig. Trotzdem: Wer wünschte nicht, daß mehr erreicht werden könnte! Daß die Deutschen sich frei bewegen könnten. Daß es keine Grenzen gäbe, an denen geschossen wird.

Im Ernst hat jedoch niemand erwarten können, daß in dieser Phase der Geschichte die Mauer verschwinden würde. Es ging um eine begrenztere und doch sehr wichtige Aufgabe.

Unsere Landsleute werden diese Wirklichkeit verstehen. Sie werden auch zu würdigen wissen, was Präsident Nixon, Präsident Pompidou und Premierminister Heath zu dieser Regelung beigetragen haben.

Man muß ausgehen von der Lage, wie sie ist, um in mühseliger Arbeit die Folgen der Spaltung Europas und unseres Vaterlandes zu mildern und hoffentlich sogar zu überwinden. Das Berlin-Abkommen ist, davon bin ich überzeugt, ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Dies ist eine Sache nicht nur der Regierung und der sie tragenden Parteien. Sondern dies geht uns alle an. Das sollte bei allem Streit der Meinungen nicht übersehen werden. Die Regierung selbst wird in ihren

Gesprächen mit der Opposition weiterhin hierauf achten.

Die Berlin-Vereinbarung kann nicht losgelöst von unserem Verhältnis zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten betrachtet werden. Auch hierauf muß ich aus meiner Kenntnis der Zusammenhänge deutlich hinweisen.

Die Freundschaft mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten ergänzen einander. Beides gehört zusammen, damit wir — gerade auch im eigenen deutschen Interesse — zu weiteren Erfolgen kommen für den Frieden in Europa.